

Arzt auf Wanderschaft

Eine Solothurner Firma verleiht Kliniken Mediziner für Stellvertretungen

Um personelle Engpässe in Spitälern und Praxen zu überbrücken, vermittelt eine GmbH Ärzte. Das Modell ermöglicht den Mitarbeitern Teilpensen und Auszeiten.

Andreas Schmid

Die Überlegungen von Cornelius Warncke tönen plausibel: Der Ausfall von Ärzten wegen Krankheiten oder Weiterbildungen sowie saisonal unterschiedliche Arbeitsbelastung bringen Spitälern in Nöte, und die langfristige Personalplanung gerät durcheinander. Um solche Unwägbarkeiten abzufedern, vermittelt der Facharzt in Intensivmedizin und Innerer Medizin seit zwei Jahren über seine Medseek GmbH in Solothurn Ausnahmen. Am Anfang bot sich Warncke selber an, mit der Zeit erweiterte sich seine Kartei auf ein Dutzend Ärzte in Anästhesie, Intensivmedizin und Innerer Medizin, die für Einsätze über Wochen oder Monate verpflichtet werden können.

Vom Angebot machen private und regionale Kliniken Gebrauch – beispielsweise in Biel, Langenthal und Büllach –, aber etwa auch das Berner Inselspital. Zudem vertreten Medseek-Angestellte auch Hausärzte, die eine Auszeit nehmen oder eine Weiterbildung absolvieren wollen. Warncke zählt mehrere Vorteile des Modells auf, das er aus der Wirtschaft, die schon länger Temporärmitarbeiter kennt, adaptiert hat: Die Spitälern könnten Ausfälle von Personal kurzfristig und ohne grossen administrativen Aufwand kompensieren. Auf der anderen Seite eröffne er Ärzten neue Berufsperspektiven, indem sie Teilzeit arbeiten, über längere Zeit pausieren oder nur saisonal arbeiten könnten, betont der 41-jährige Firmengründer. Für Mütter, die wieder in den Beruf einsteigen, aber nicht zu 100 Prozent tätig sein, und für Familienväter, die sich auch zu Hause engagieren wollten, bietet Medseek Alternativen.

Wirtschaftlicher Nutzen

Warncke weist grundsätzlich auf das Problem der Belastung hin, der Mediziner ausgesetzt sind. Laut einer Studie des Bundesamts für Gesundheit praktiziert jede fünfte Ärztin und jeder achte Arzt zehn Jahre nach Studienabschluss nicht mehr. Die hohen Kosten, die ein Medizinstudium verursacht und die zu einem guten Teil mit öffentlichen Geldern



Vermittelt sich und andere Fachärzte für Temporäreinsätze: Cornelius Warncke, Gründer der Medseek GmbH. (Solothurn, 12. Februar 2016)

Kostenanstieg von 3,6 Prozent

Der Anstieg der Gesundheitskosten geht ungebremst weiter. 2015 sind die Rechnungen in der obligatorischen Krankenversicherung um total 3,6 Prozent gestiegen. Im Durchschnitt des Landes verursachte damit jeder Versicherte Kosten von 3640 Franken. Zu den grössten Kostentreibern gehörten gemäss dem Monitoring des Bundes die Ärzte; in ihren Praxen stiegen die Ausgaben um 5,9 Prozent. Daneben legten auch die Bereiche Physiotherapie und Spitex sowie die Laboranalysen überdurchschnittlich zu. (dli)

gedeckt werden, machen sich bei einem frühen Ausstieg aus dem Beruf wenig bezahlt. Warncke ist deshalb vom Medseek-System überzeugt, das eine dosiertere Belastung zulasse, womit weniger Fachkräfte verloren gingen.

Beim ersten Einsatz in einem Spital erhielten die Medseek-Ärzte jeweils eine Einführung, erklärt Warncke. Danach werde diese Schulung intern vorgenommen, wenn neue Mitarbeiter für einen Einsatz in dieser Klinik vorbereitet würden. Damit werde der Aufwand für den Auftraggeber gering gehalten.

Medseek rechnet auch die Sozialabzüge ab und besorgt die Administration. Die Spitälern bezahlen für die kompletten Dienstleistungen eine Pauschale. «Das interimistisch angeheuere Perso-

nal kommt die Kliniken langfristig nicht teurer zu stehen als ihr festangestelltes», sagt Warncke.

Die kurzen und wechselnden Engagements verlangen von den Stör-Ärzten viel Flexibilität. Geschäftsführer Warncke betont: «Wir achten bei der Auswahl der Mitarbeiter neben der Ausbildung darauf, dass sie teamfähig, kommunikativ und dienstleistungsorientiert sind.» Dass seine Fachärzte stets mit anderen Kollegen zusammenarbeiten hätten und man sich immer wieder neu aufeinander einstellen müsse, habe sich bisher nie als Problem erwiesen. «Gott sei Dank ist der hier», habe er oft gehört, aber noch kein einziges Mal «was macht der eigentlich hier?», sagt Warncke. Um trotz temporärer Ausrichtung eine gewisse Kontinuität zu ge-

währleisten, setzt er seine Wander-Ärzte möglichst mehrmals in den gleichen Spitälern ein.

Lokale Verankerung

Zurzeit arbeiten für Warncke zumeist Ärzte, die er aus früheren Zeiten persönlich kennt. Bei der Vermittlung bemühe er sich, den Spitälern Fachkräfte zur Verfügung zu stellen, die mit der jeweiligen Region vertraut seien. «Wir möchten für die Auftraggeber ein Stammpersonal für Vertretungen aufbauen.» Darin unterscheide sich Medseek von Temporärfirmen in anderen Branchen.

Obwohl das Personal ausgelastet sei und die Nachfrage nach dem Angebot stark steige, strebt Warncke kein schnelles Wachstum an. «Wir brauchen zwar neue Ärzte, gehen aber behutsam vor.»

In Kürze

Jugendlicher stürzt 20 Meter in die Tiefe

Am Flumserberg ist am Samstag ein 13-jähriger Deutscher über eine 20 Meter hohe Böschung in ein Bachbett gestürzt. Er zog sich erhebliche Verletzungen zu. Der Jugendliche war auf schneebedecktem Boden ausgerutscht. Wie die Kantonspolizei St. Gallen mitteilte, wurde er von der Feuerwehr und einem Rega-Notarzt geborgen und mit dem Helikopter ins Spital geflogen. (sda)

Unterbruch auf der Furka-Bahnstrecke

Die Bahnlinie zwischen Uri und dem Wallis durch den Furka ist am Samstagvormittag während mehrerer Stunden nicht befahrbar gewesen. Wegen einer technischen Panne eines Autozugs war die Strecke zwischen 6.45 und 10 Uhr unterbrochen. Der defekte Zug war vor dem Tunnelportal in Realp stecken geblieben. Die Insassen der Autos auf dem Zug wurden nach Realp gebracht. Die Bahnwagen mit ihren Fahrzeugen zog eine Ersatzlokomotive später dorthin. (sda)

Strolchenfahrt endet in Hausmauer

Mit dem seinem Vater entwendeten Auto ist am frühen Samstagmorgen in Affoltern am Albis ein 16-Jähriger von der Polizei erwischt worden. Der Fahrer ergriff die Flucht vor dem Streifenwagen. Dabei überfuhr er eine Verkehrsinsel und prallte in einen Stromkasten. Das Auto rollte weiter und kam an einer Hauswand zum Stillstand. Der Lenker und sein gleichaltriger Beifahrer wurden verhaftet, wie die Kantonspolizei Zürich bekanntgab. Die beiden müssen sich vor der Jugendanwaltschaft verantworten. (sda)

73-Jährige aus dem Zürichsee geborgen

Die Wasserschutzpolizei hat am Freitagnachmittag in Zürich eine Rentnerin aus dem See gerettet. Die 73-Jährige war von einem Schiffspassagier im Wasser entdeckt worden. Weshalb sie im See trieb, ist laut einer Mitteilung der Stadtpolizei vom Samstag unklar. Die Frau befindet sich in stabilem Zustand im Spital. (sda)

Bundesrat steht neuer Streit um Rüstungsexporte bevor

Gesuche um die Ausfuhr von Kriegsmaterial haben zuletzt Diskussionen im Bundesrat provoziert. Am Mittwoch geht es in die nächste Runde.

Andreas Schmid

Die Pläne von Bundespräsident Johann Schneider-Ammann, mit Gesuchen für Rüstungsexporte in die Golfstaaten oder nach Pakistan wieder grosszügiger zu verfahren, sind im Gremium auf Widerstand gestossen. Deshalb hat der Wirtschaftsminister vor zehn Tagen Anträge für Lieferungen von Panzern nach Katar und von Fliegerabwehrsystemen nach Pakistan zurückgezogen, um weitere Abklärungen zu treffen.

Offensichtlich sind diese bereits durchgeführt worden. Jedenfalls soll die Landesregierung

am nächsten Mittwoch an ihrer Sitzung bereits wieder über die Rüstungsgeschäfte beraten. Dieses Thema sei traktandiert, sagt eine gut informierte Quelle.

Damit ist eine nächste Grundsatzdiskussion zwischen Schneider-Ammann und Aussenminister Didier Burkhalter programmiert. Die beiden FDP-Bundesräte sind sich überhaupt nicht einig über die Bewilligungspraxis für heikle Kriegsmaterialexporte. Burkhalter hegt Zweifel, ob zum Beispiel wieder bedenkenlos Rüstungsgüter an Staaten geliefert werden können, die in den Jemen-Krieg involviert sind.

Im März 2015 hatte der Bundesrat ein Moratorium verhängt. Schneider-Ammann stellt dieses infrage, weil mehreren Rüstungsfirmen deswegen der Verlust lukrativer Geschäfte droht.

Eine schwarze Steuerliste weniger

Russland hat die Schweiz von einer Liste angeblich nicht kooperierender Länder beim Austausch von Steuerdaten gestrichen.

Kathrin Alder, Klaus-Helge Donath, Moskau

Vergangenen Herbst hat die russische Steuerbehörde (FNS) eine Liste mit 119 Staaten und 18 Territorien veröffentlicht, deren Steuerbehörden in Sachen Informationsaustausch angeblich ungenügend mit Russland kooperierten. Auch die Schweiz war auf der Liste aufgeführt.

Nun liegt eine überarbeitete Version dieser Liste vor – die Schweiz ist gestrichen worden. Die neue Liste enthält nunmehr 111 Länder und 22 Territorien, darunter etwa Liechtenstein. Das

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) bestätigt auf Anfrage, Kenntnis dieser überarbeiteten Liste zu haben: «Die Liste wird voraussichtlich am 1. April 2016 in Kraft treten», sagt SIF-Sprecher Beat Werder. Auch russische Medien berichten darüber: «Am 3. Februar 2016 hat der Föderale Steuerdienst die Liste der nicht mit Russland kooperierenden Staaten gekürzt», schreibt die «Rossiskaja Gaseta». Die Veröffentlichung der Liste im vergan-

111

So viele Länder führt Russland auf einer überarbeiteten schwarzen Steuerliste. Die Schweiz wurde entfernt.

genen Herbst, auf der neben der Schweiz auch Österreich, Grossbritannien oder Israel aufgeführt waren, kam überraschend. Gemeinhin wurde sie einerseits als Retorsion auf die Sanktionen gegen Russland gedeutet, andererseits aber auch als Ausdruck einer politischen Strategie: Präsident Wladimir Putin hatte es einst zur Priorität erklärt, der Kapitalflucht Herr zu werden und russisches Geld zurück ins Land zu holen.

Und so ist die Liste denn auch mit einer neuen Steuerregel verbunden, deren eigentlicher Zweck es ist, russische Investoren, die ihr Geld im Ausland haben, künftig auch in Russland zu besteuern. Eine Vielzahl russischer Investoren ist an Gesellschaften beteiligt, deren Sitz sich in einem der auf der Liste aufgeführten Länder befindet. Auf die Kapitalerträge aus diesen Investi-

tionen, so ist es von der FNS vorgesehen, müssen sie künftig auch in Russland Steuern bezahlen. Ist die Gesellschaft aber in einem Land beheimatet, das auf der Liste nicht aufgeführt wird, so sind diese Erträge von der Steuer befreit, schreibt die russische Tageszeitung «Kommersant».

Da viele dieser Gesellschaften ihren Sitz in der Schweiz haben und zudem manch vermögendere Russe in der Schweiz lebt, löste die Publikation der Liste Aufregung aus. Man habe kurz nach der Publikation mit den russischen Behörden Kontakt aufgenommen, heisst es beim SIF auf Anfrage. Im November 2015 habe in Moskau ein Arbeitstreffen stattgefunden, und man habe den russischen Behörden klargemacht, dass sich die Schweiz beim Austausch von Steuerdaten an internationale Standards halte.